

LINK TO EUROPE

Europabüro der Metropolregion
FrankfurtRheinMain

Poststraße 16
60329 Frankfurt am Main
☎ +49 69 2577 1538
✉ europa@region-frankfurt.de
www.europabuero-frm.de

13.05.2026

INHALTSVERZEICHNIS



Aktuelles aus der EU	2
Verhandlungsposition des Europäischen Parlaments zum MFR festgelegt	2
Deutschland erhält 4,6 Mrd. Euro aus der Aufbau- und Resilienzfazilität	2
Kommissionsvorschlag für bessere Rechtssetzung	3
Kommunale Belange und regionale Entwicklung	3
CERV-Aufruf für kommunale Partnerschaften geöffnet	3
Wettbewerb für Europäische Tourismushauptstädte 2027 gestartet	4
Verkehr und Mobilität	5
EU-einheitliche Messung von Treibhausgasemissionen	5
Energie, Klima und Umwelt	5
EU-Kommission präsentiert AccelerateEU-Strategie	5
Wirtschaft, Forschung und Innovation	6
Aktionsplan für regionale Forschung und Innovation	6
Wettbewerb für Europäische Innovationshauptstädte 2027 gestartet	7
Folgen Sie uns auf LinkedIn	9



Aktuelles aus der EU

Verhandlungsposition des Europäischen Parlaments zum MFR festgelegt

Das Europäische Parlament hat am 28. April 2026 mit einer [EntschlieÙung](#) seine Verhandlungsposition für den Mehrjährigen Finanzrahmen der EU von 2028 bis 2034 festgelegt.

Die Abgeordneten schlagen vor, den Haushalt um rund 10 % gegenüber dem Vorschlag der Europäischen [Kommission](#) vom Juli 2025 aufzustocken. Dies entspricht einem nominalen Anstieg um 175,11 Mrd. Euro (zu konstanten Preisen von 2025) bzw. 197,3 Mrd. Euro (zu laufenden Preisen) im Vergleich zum Kommissionsvorschlag und bedeutet für die sieben Jahre einen Gesamthaushalt von 1,78 Billionen Euro (zu konstanten Preisen von 2025) bzw. 2,01 Billionen Euro (zu laufenden Preisen).

Die Abgeordneten fordern darüber hinaus eine klare Mittelzuweisung für Maßnahmen im Rahmen der nationalen und regionalen Partnerschaftspläne, z. B. für die Förderung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen Sozialfonds (ESF+) oder für die Förderung des ländlichen Raumes durch die Agrarförderung. Die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften sollten umfassend in die Planung und Durchführung der Programme einbezogen werden. Eine Zentralisierung der Ausgaben auf nationaler Ebene lehnt das Europäische Parlament ausdrücklich ab.

Das Europäische Parlament begrüÙt den Vorschlag der Europäischen Kommission, die Mittel für Wettbewerbsfähigkeit, Verteidigung, Innovation, digitalen und ökologischen Wandel, Infrastruktur, Gesundheit, Bildung und Kultur zu verdoppeln. Es fordert mehr Unterstützung für zentrale Programme wie den Europäischen Fonds für Wettbewerbsfähigkeit, [Horizont Europa](#), die [Connecting-Europe-Fazilität](#), [Erasmus+](#) und den Katastrophenschutzmechanismus, aber auch spezielle Mittel für Maßnahmen im Rahmen des Europäischen Fonds für Wettbewerbsfähigkeit, die mit dem Gesundheitsprogramm EU4Health und dem Umweltschutzprogramm [LIFE](#) zusammenhängen.

In der nächsten Förderperiode sollten nach Ansicht des Europäischen Parlaments zudem neue Einnahmequellen in Höhe von bis zu 60 Mrd. Euro eingeführt werden, wie etwa eine Abgabe auf digitale Dienstleistungen, eine Abgabe auf Online-Glücksspiele, die Ausweitung des CO₂-Grenzausgleichssystems oder eine Abgabe auf Kapitalgewinne aus Kryptowerten.

Der Mehrjährige Finanzrahmen muss noch mit den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission verhandelt werden.

Deutschland erhält 4,6 Mrd. Euro aus der Aufbau- und Resilienzfazilität

Am 5. Mai 2026 hat die [Europäische Kommission](#) weitere 4,6 Mrd. Euro aus der [Aufbau- und Resilienzfazilität](#) (ARF) an Deutschland ausgezahlt.

Das Geld soll unter anderem in eine effizientere und digitalisierte öffentliche Verwaltung, energieeffiziente Gebäudesanierungen und den Ausbau der erneuerbaren Energien fließen. Ziel ist es, in den Mitgliedstaaten



die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit zu stärken, den ökologischen und digitalen Wandel zu beschleunigen und die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

Laut des [Bundesministeriums der Finanzen](#) werden die noch ausstehenden 6 Mrd. Euro bis Ende des Jahres im Rahmen des vierten und letzten Auszahlungsantrages abgerufen. Bisher hat Deutschland 24,3 Mrd. Euro der insgesamt 30,3 Mrd. Euro abgerufen.

Hintergrund

Die ARF ist das Kernstück des europäischen Aufbaufonds NextGenerationEU und ist im Februar 2021 als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie in Kraft getreten. Die Europäische Union hat zur Finanzierung gemeinsame Schulden aufgenommen, die in den nächsten Jahren zurückgezahlt werden müssen.

Kommissionsvorschlag für bessere Rechtssetzung

Die Europäische Kommission hat am 28. April 2026 eine [„Mitteilung für bessere Rechtsetzung und zur Rechtsdurchsetzung“](#) veröffentlicht.

Die Europäische Kommission verfolgt mit ihrer Agenda für bessere Rechtsetzung das Ziel, EU-Vorschriften effizienter, transparenter und bürgerfreundlicher zu gestalten. So will die Europäische Kommission unter dem Leitsatz „Einfachheit durch Design“ bereits bei der Ausarbeitung neuer Vorschläge festlegen, wer wie tätig werden muss und welche Folgen die Nichteinhaltung hat, um Unklarheiten von Beginn an zu vermeiden. Zur Begrenzung des Verwaltungsaufwands soll in Zukunft jede neue Belastung durch die Entlastung an anderer Stelle im selben Politikbereich ausgeglichen werden.

Bevor ein Gesetzesvorschlag fertiggestellt wird, will die Europäische Kommission die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen prüfen. Zur Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen sieht die Europäische Kommission eine spezielle Prüfung vor, ob diese durch neue Regelungen überproportional belastet werden. Ein unabhängiges Gremium innerhalb der Europäischen Kommission soll die Qualität dieser Folgenabschätzungen kontrollieren.

Um unterschiedliche Umsetzungen in den EU-Mitgliedstaaten zu vermeiden (Gold-Plating), sollen durch die EU verstärkt direkte Verordnungen statt Richtlinien genutzt werden.

Kommunale Belange und regionale Entwicklung

CERV-Aufruf für kommunale Partnerschaften geöffnet

Seit 6. Mai 2026 ist im Programm CERV (Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte) ein Aufruf für kommunale Partnerschaften (Town Twinning) geöffnet. Anträge können bis zum 23. September 2026, 17:00 Uhr MEZ eingereicht werden.

Unterstützt werden Projekte, die den Austausch zwischen Bürgerinnen und Bürgern verschiedener Länder fördern, insbesondere durch kommunale Partnerschaften mit dem Ziel, praktische Erfahrungen mit dem



Reichtum und der Vielfalt des gemeinsamen Erbes der Union zu vermitteln und das Bewusstsein dafür zu stärken, dass diese die Grundlage für eine gemeinsame Zukunft bilden.

Für den Aufruf, den es nur im Jahr 2026 geben wird, steht ein Budget von 6 Mio. Euro zur Verfügung.

Antragsberechtigt sind Städte, Gemeinden oder andere Ebenen lokaler bzw. regionaler Behörden, deren Partnerschaftskomitees oder andere gemeinnützige Organisationen, die lokale Behörden vertreten. Das Projekt muss transnational sein und Gemeinden aus mindestens zwei förderfähigen Ländern einbeziehen, von denen mindestens eines ein EU-Mitgliedstaat ist.

Gefördert werden vielfältige Aktivitäten wie u. a. Workshops, Seminare, Konferenzen, Schulungsmaßnahmen, Expertentreffen, kulturelle Veranstaltungen, Festivals, Ausstellungen, aber auch die Erhebung und Auswertung von Daten ebenso wie die Entwicklung und Nutzung von Kommunikationsinstrumenten und sozialer Medien.

Detaillierte Informationen zu den Förderprioritäten sowie zu den Förderkriterien sind dem englischsprachigen [Aufruf-Dokument](#) sowie der [Webseite der Kontaktstelle CERV](#) zu entnehmen.

Wettbewerb für Europäische Tourismushauptstädte 2027 gestartet

Die Europäische Kommission hat am 7. April 2026 den [Wettbewerb für die Europäischen Tourismushauptstädte 2027](#) (European Capitals of Tourism) [gestartet](#). Bewerbungen können bis zum 12. Juni 2026, 17:00 Uhr MEZ [online eingereicht](#) werden.

Gesucht werden Städte, die intelligente und nachhaltige Tourismuslösungen fördern. Es werden zwei Preise vergeben. Die erste Kategorie richtet sich an Städte mit mehr als 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern und prämiert herausragende Leistungen in den Bereichen Nachhaltigkeit, Barrierefreiheit, Digitalisierung, Kulturerbe und Kreativität. Mit der zweiten Kategorie werden kleinere Reiseziele zwischen 25.000 und 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern ausgezeichnet, die im Bereich des nachhaltigen Tourismus eine Vorreiterrolle einnehmen.

Die Gewinnerstädte erhalten u. a. fachkundige Unterstützung für ihre Kommunikation und Markenbildung, eine Skulptur für das Stadtzentrum, ein Werbevideo sowie zahlreiche weitere Werbemaßnahmen der EU.

Seit diesem Jahr wurden die ehemaligen Titel „European Capital of Smart Tourism“ und „Green Pioneer“ zu den „European Capitals of Tourism“ zusammengelegt ohne Veränderung der Teilnahmebedingungen und Preise. 2026 trägt Tampere, Finnland, den Titel „European Capital of Smart Tourism“. Dubrovnik, Kroatien, ist aktuell „European Green Pioneer of Smart Tourism“.

Weitere Informationen finden sich auf der [Webseite der Europäischen Kommission](#).

Verkehr und Mobilität

EU-einheitliche Messung von Treibhausgasemissionen

Am 28. April 2026 hat das [Europäische Parlament](#) über die im Juli 2023 von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Überarbeitung der einheitlichen Berechnung von Treibhausgasemissionen im Verkehrssektor abgestimmt.

Die neuen Vorschriften sollen den Vergleich der Umweltleistung verschiedener Verkehrsträger in der gesamten EU erleichtern, damit Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen fundierte Entscheidungen treffen können und sogenanntes Green-Washing – der Versuch einen falschen Eindruck von den eigenen Umweltauswirkungen eines Unternehmens zu vermitteln – verhindert wird.

Bisher gab es kein einheitliches System zur Messung der Treibhausgasemissionen im Verkehrssektor, sodass Unternehmen unterschiedliche Methoden zur Berechnung ihres CO₂-Fußabdrucks anwandten. Die neuen Vorschriften verpflichten Verkehrsunternehmen nicht dazu, ihre Treibhausgasemissionen zu berechnen. Wenn ein Unternehmen jedoch beschließt, seine Treibhausgasemissionen für Berichterstattungs-, Vertrags- oder Marketingzwecke zu berechnen, oder wenn andere EU-Rechtsvorschriften dies erfordern, muss die einheitliche EU-Methode angewandt werden. Die Europäische Kommission soll ein kostenloses, einfaches Berechnungsinstrument für die öffentliche Nutzung entwickeln. Damit soll der Verwaltungs- und Finanzaufwand für Unternehmen, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), verringert werden. Die Europäische Kommission hat zur Entwicklung des Tools vier Jahre Zeit.

Das Grundprinzip der Methodik besteht darin, die Emissionen zu erfassen, die durch den Fahrzeugbetrieb und die Energieversorgung während des Transportvorgangs entstehen. Die Europäische Kommission soll innerhalb von vier Jahren die Möglichkeit prüfen, die EU-Methodik auf Lebenszyklusemissionen auszuweiten, beispielsweise aus der Fahrzeugherstellung, der Energieerzeugung, der Wartung, der Nutzung und der Entsorgung.

Das Europäische Parlament und der Rat hatten im vergangenen Jahr eine Einigung über diese Regelung erzielt, woraufhin der Rat seinen Standpunkt festgelegt hat. Nach der Annahme durch das Parlament im April 2026 kann die Regelung nun in Kraft treten.

Energie, Klima und Umwelt

EU-Kommission präsentiert AccelerateEU-Strategie

Als Reaktion auf die Lage im Nahen Osten und die dadurch ausgelöste Energiekrise hat die Europäische Kommission am 22. April 2026 die [AccelerateEU-Strategie](#) vorgestellt. Dadurch sollen die Menschen und die Industrie in der EU entlastet und die EU auf den Weg zur Energieunabhängigkeit gebracht werden.



Um diese Ziele zu erreichen, schlägt die Europäische Kommission unterschiedliche Maßnahmen vor, damit zum einen kurzfristig die Lage verbessert und zum anderen strukturellen Problemen der Energieversorgung in der EU entgegengewirkt wird.

Kurzfristig soll eine bessere Koordinierung u. a. zur Wiederbefüllung der Gasspeicher oder der Freigabe von Ölreserven zwischen den Mitgliedstaaten die Lage entschärfen. Die Koordinierungsgruppen für Erdöl und Erdgas werden sich regelmäßiger treffen. Nationale Sofortmaßnahmen sollen ebenfalls besser koordiniert werden.

Die Europäische Kommission kündigte außerdem eine neue Beobachtungsstelle für Kraftstoffe an, die die Verfügbarkeit von Kraftstoffen im Verkehrssektor eng verfolgen wird. Nationale Maßnahmen zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie der Industrie werden befristet zugelassen. Dazu gehören beispielsweise Energiegutscheine, eine Senkung der Verbrauchsteuern auf Strom oder staatliche Beihilfen für stark gefährdete Wirtschaftsbranchen.

Bis zum Sommer will die Europäische Kommission einen Aktionsplan veröffentlichen, um langfristig die Sektoren Industrie, Verkehr und Bauwesen zu elektrifizieren. Um dieses Ziel umzusetzen, soll der Netzausbau vorangetrieben werden. Dafür soll das europäische Netzpaket bald fertig verhandelt sein und der Rahmen für niedrigere Netzentgelte und Steuern auf Strom von der Europäischen Kommission gesetzt werden.

Durch die Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) und weitere kohäsionspolitische sowie private Mittel möchte die Europäische Kommission die Investitionen in erneuerbare Energien ankurbeln. Ein Investitionsgipfel für saubere Energie soll private Investitionen fördern.

Wirtschaft, Forschung und Innovation

Aktionsplan für regionale Forschung und Innovation

Die Europäische Kommission und der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) haben am 24. April 2026 einen [gemeinsamen Aktionsplan](#) (in englischer Sprache) zur Stärkung der Rolle der Städte und Regionen in Forschung und Innovation unterzeichnet.

Die Europäische Kommission und der Europäische Ausschuss der Regionen wollen gemeinsam die regionale und lokale Dimension der EU-Politiken und -Initiativen im Bereich Forschung und Entwicklung stärken sowie den Austausch von Fachwissen und Daten zwischen beiden Organen erleichtern.

Der gemeinsame Aktionsplan enthält vier konkrete Prioritäten zur Förderung von Innovation, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit in den europäischen Städten und Regionen:

- 1. Aufbau starker lokaler und regionaler Innovationsökosysteme:** Unterstützung der Umsetzung des Europäischen Forschungsraums und Sicherstellung des Wissenstransfers und der Verwertung von Konzeptforschung in Innovationsergebnisse. Dazu gehört auch, die Gewinnung und Bindung von Talenten sicherzustellen.



- 2. Erleichterung der grünen und digitalen Transformation** durch Unterstützung nachhaltiger und inklusiver Innovation auf lokaler Ebene
- 3. Sensibilisierung und Verbreitung von Informationen über Fördermöglichkeiten** und die Ergebnisse der Rahmenprogramme für Forschung und Innovation sowie Schaffung von Synergien zwischen den Fördermitteln und Austausch bewährter Verfahren (einschließlich Vereinfachung) in den Bereichen Forschung und Innovation
- 4. Förderung einer faktengestützten Politikgestaltung in den Regionen**, einschließlich territorialer Vorausschau und Resilienz

Ein Paket von elf Maßnahmen soll bis zum Ende des Mandats der Europäischen Kommission 2024-2029 umgesetzt werden. Dabei ist der gemeinsame Aktionsplan als flexible Form der Zusammenarbeit konzipiert, sodass Maßnahmen je nach sich ergebenden Prioritäten und Erfordernissen angepasst werden können.

Zu den elf Maßnahmen gehören u. a. die Fortführung der [Plattform für den Wissensaustausch](#) (KEP 2.0) und die Sicherstellung der Einbindung von AdR-Vertretern in die Gestaltung und Umsetzung des Europäischen Forschungsraums, u. a. die Teilnahme als Beobachter am [ERA-Forum](#) und den entsprechenden Untergruppen. Darüber hinaus soll die Zusammenarbeit mit den [fünf Missionen von „Horizont Europa“](#) und den damit verbundenen EU-Leitinitiativen im Bereich Forschung und Innovation unter Einbeziehung einer regionalen und lokalen Perspektive gestärkt werden. Auch die Kooperationsvereinbarung im Rahmen der [EU-Partnerschaft „2Zero“](#) zur Beschleunigung des Übergangs zu einem klimaneutralen europäischen Straßenverkehrssystem bis 2050 soll ausgeweitet werden. Zudem soll die Roadmap für den städtischen Einsatz kooperativer, vernetzter und automatisierter Mobilität (CCAM) umgesetzt werden. Die Roadmap zielt darauf ab, zu definieren, was erforderlich ist, um von Forschung und Pilotprojekten zu einer groß angelegten CCAM-Einführung in Städten und Regionen überzugehen. Die CCAM-Roadmap ist eine gemeinsame Initiative von [POLIS](#) (dem Netzwerk europäischer Städte und Regionen, die bei innovativen Verkehrslösungen zusammenarbeiten – das Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain ist assoziiertes Mitglied) und der im Rahmen des [CCAMBassador-Projekts](#) entwickelten [CCAM-Partnerschaft](#).

Wettbewerb für Europäische Innovationshauptstädte 2027 gestartet

Die Europäische Kommission hat am 5. Mai 2026 den Wettbewerb für die Europäischen Innovationshauptstädte 2027 gestartet. Bewerbungen können bis zum 4. August 2026, 17:00 Uhr (MEZ) online über das [Funding-and-Tenders-Portal der EU](#) eingereicht werden.

Im Jahr 2027 wird der Preis in zwei Kategorien vergeben:

- ★ Die Kategorie „Europäische Innovationshauptstadt“ richtet sich an Städte mit mindestens 250.000 Einwohnerinnen und Einwohnern und prämiert den Gewinner mit 1.000.000 Euro und zwei Zweitplatzierte mit jeweils 100.000 Euro.
- ★ Die Kategorie „European Rising Innovative City“ richtet sich an Städte mit 50.000 bis 249.999 Einwohnerinnen und Einwohnern und prämiert den Gewinner mit 500.000 Euro und zwei Zweitplatzierte mit jeweils 50.000 Euro.



Es gibt sechs Kriterien, nach denen die teilnehmenden Städte bewertet werden:

- 1. Experimentieren:** innovative Konzepte, Prozesse, Instrumente und Steuerungsmodelle, die das Engagement der Stadt unter Beweis stellen
- 2. Skalierung:** Förderung der Beschleunigung der verschiedenen Akteure des lokalen Innovationsökosystems sowie Unterstützung des Wachstums hochinnovativer Start-ups und KMU
- 3. Aufbau eines Ökosystems:** Erschließung des Potenzials der Städte als Vermittler lokaler Innovationsökosysteme durch die Förderung von Synergien zwischen verschiedenen Akteuren von der öffentlichen Hand über die Industrie, Start-ups, die Zivilgesellschaft und die Bürgerinnen und Bürger bis hin zur Wissenschaft
- 4. Verbreitung:** Vorbildfunktion für andere Städte durch die Förderung der Verbreitung und Nachahmung bewährter Lösungen, Förderung des gegenseitigen Lernens, des Wissenstransfers und der Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Städten
- 5. Innovative Stadtvision:** Darlegung der langfristigen strategischen Vision und Hervorhebung innovativer Initiativen, die positiv zur Transformation der Stadt beigetragen haben und die die Entwicklung eines nachhaltigen und widerstandsfähigen Innovationsökosystems weiter unterstützen
- 6. Bürgerrechte:** Einsatz von Innovationen zur Stärkung der Demokratie, zum Schutz der Bürgerrechte, zur Förderung des sozialen Zusammenhalts und zur Gewährleistung der Integration unter besonderer Berücksichtigung von Minderheiten, Geschlechterfragen, Behinderung oder ethnischer Zugehörigkeit

Weitere Informationen sind auf der [Webseite des Europäischen Innovationsrats \(EIC\)](#) abrufbar.

Am 21. Mai 2026 bietet die Europäische Exekutivagentur für den Innovationsrat und für KMU (EISMEA) von 10:00 Uhr bis 11:30 Uhr eine digitale Informationsveranstaltung zum Wettbewerb an. Anmeldungen sind bis zum 20. Mai 2026, 15:30 Uhr auf dieser [Webseite](#) möglich.



Folgen Sie uns auf LinkedIn

Wir sind auf LinkedIn aktiv, um Sie noch schneller zu informieren und zu kommunalrelevanten Themen, Akteuren, Förderaufrufen oder EU-Gesetzgebungsverfahren auf dem aktuellsten Stand zu halten. LinkedIn ist das größte berufliche Soziale Netzwerk weltweit. Bleiben Sie ganz unkompliziert in Kontakt mit dem Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain, indem Sie unserer Seite [Europabüro Metropolregion FrankfurtRheinMain](#) folgen.



Europabüro Metropolregion FrankfurtRheinMain

Wir vertreten die Interessen der Metropolregion FrankfurtRheinMain & gestalten die Förderkulisse in Brüssel aktiv mit.

Regierungsverwaltung · Frankfurt, Hesse · 65 Follower:innen · 2-10 Beschäftigte



Das Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain setzt sich für die **Fortsetzung und den Ausbau des LEADER Ansatzes** in der kommenden Förderperiode ab 2028 ein.

◆ Ländliche Entwicklung darf nicht auf agrarische Maßnahmen reduziert werden: LEADER fördert lokale Wertschöpfung, Daseinsvorsorge, Kultur und Innovation.

◆ Wichtig ist, dass peri-urbane Gebiete als förderfähige Räume anerkannt bleiben.

◆ LEADER soll als Plattform dienen, um die drängenden Themen wie Digitalisierung, Resilienz, Verkehrs- und Energiewende, demografischer Wandel und Fachkräftemangel mit regional angepassten Lösungen anzugehen.

👉 Zum Positionspapier <https://lnkd.in/e5pYcMV2>

💡 Die Metropolregion FrankfurtRheinMain, die Teile von Hessen, Rheinland-Pfalz und Bayern umfasst, ist durch eine enge Verzahnung von ländlichen, peri-urbanen und städtischen Räumen geprägt. In der aktuellen Förderperiode gibt es in der Metropolregion 15 LEADER-Regionen, in denen lokale Aktionsgruppen gemeinsam mit Kommunen, Verbänden und Bürgerinnen und Bürgern regionale Entwicklungskonzepte erarbeiten und Projekte umsetzen.

#EuropeanUnion #regions #PeriUrban #NextMFF European LEADER Association for Rural Development - ELARD

LINK TO EUROPE

Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain



NEU: Positionspapier

Zukunft der LEADER-Förderung

» Die ländliche Entwicklung muss als eigenständiges Politikfeld innerhalb der Kohäsionspolitik erhalten bleiben. Die Praxis hat gezeigt, dass LEADER ein lang erprobter und bewährter Bottom-up-Ansatz ist, der lokale Potenziale sichtbar macht, Bürgerbeteiligung stärkt und EU-Förderung vor Ort erfahrbar macht. «

8